Nr. 29 • Ausgabe B Nr. 13
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 29

Abend-Ausgabe

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Freitag, 16. Januar 1920
49. Jahrgang

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Die Ernennung des neuen Reichsschatzministers.

Abgeordneter Wieland?

Wie wir hören, ist dem demokratischen Abgeordneten, Dr.-Ing. Wieland nach dem Rücktritt des Ministers Dr. Mayer (Kaufbeuren) der Posten des Reichsschatzministers angeboten worden. Wieland hat sich noch eine Bedenkzeit ausgebeten. Wenn er ins Kabinett eintritt, würde die Zahl der demokratischen Minister im Reichskabinett auf vier anwachsen, während das Zentrum fortan nur mit drei (Erzberger, Bell und Giesberts) vertreten sein würde. Nach dem Ausscheiden der Mitglieder der bayerischen Volkspartei aus der Zentrumsfraktion ist das Zentrum in der Koalitionsregierung ja auch der Mandatsziffer nach an die dritte Stelle gerückt.

*

Dr.-Ing. Philipp Wieland, Messingfabrikant in Ulm, wurde im April 1863 in Ulm geboren, besuchte das Realgymnasium in Stuttgart, die Ecole industrielle cantonale in Lausanne und die Bergakademie in Klausthal. Der württembergischen Kammer gehörte er als Mitglied der nationalliberalen Partei von 1909 bis 1918 an. Nach der Revolution schloß er sich der Demokratischen Partei an, wurde in die württembergische Landesversammlung und in die Nationalversammlung gewählt. In allen wirtschaftlichen Fragen spielte er in der Demokratischen Fraktion eine hervorragende Rolle.

Ein Ministerium für die besetzten Gebiete?

Verhandlungen der Parteien.

Die Verordnungen der Interalliierten Kommission für das Rheinland, die die Tätigkeit der deutschen Verwaltung und der Gerichte fast völlig ausschalten, geben den Loslösungsbestrebungen neuen Spielraum. Dazu kommen die wirtschaftlichen Fragen, in denen sich Industrie und Gewerbe von Berlin aus benachteiligt oder wenigstens nicht genügend berücksichtigt fühlen. Die Beteiligung am Wiederaufbau in Frankreich ist für die rheinische Industrie und das Handwerk natürlich von größtem Interesse, aber man fürchtet, daß die Berliner Zentralstellen es nicht ausreichend wahrnehmen werden. Die Los-von-Berlin-Bewegung ist daher in stetem Wachsen begriffen. Auch auf die Orientierung der Parteien ist das nicht ohne Einfluß geblieben. Vor allem kriselt es — wie in Bayern — auch im rheinischen Zentrum, und es ist möglich, daß man auch dort noch Ueberraschungen erleben wird.

Weite Kreise, die diesen Loslösungsbestrebungen fernstehen, anderseits eine stärkere Berücksichtigung der einheimischen Interessen aus realpolitischen Gründen verlangen, streben jetzt die Errichtung eines besonderen Reichsministeriums für die besetzten Gebiete an, nicht zuletzt, um dem oft unerträglichen Durch- und Nebeneinanderregieren der Reichs- sowie preußischen, badischen und hessischen Landeszentralbehörden im Rheinlande ein Ende zu machen. Wenn ein solches Ministerium aber auch alle Befugnisse der preußischen Regierung in sich vereinigen soll, müßte der betreffende Reichsminister auch gleichzeitig Mitglied des preußischen Staatsministeriums werden. In diesem Falle würde ihm ein bayerischer Unterstaatssekretär (für die bayerische Rheinpfalz), ein hessischer und ein badischer Ministerialdirektor beigegeben werden müssen. Wie wir hören, sind über diesen ganzen Fragenkomplex zurzeit zwischen den drei Mehrheitsparteien Verhandlungen im Gange.

Enthüllungen des Marinezensors.

Von [Nachdruck verboten.]

Kapitän zur See a. D. L. Persius.

Unter der Ueberschrift „Indiscretions of the naval censor" erzählt der Chef der britischen Marinezensur, Konteradmiral Sir Douglas Brownrigg im „Daily Telegraph" von seinen Erfahrungen während des Krieges. Die Redaktion des Blattes bemerkt, Brownrigg habe wie ein echter Seemann geschrieben, das heißt offen und ehrlich: „Wenn ein Seemann zur Feder greift, dann nimmt er keine Rücksicht auf konventionelle Gebräuche und schildert ohne Schminke, schont niemanden. Das ist erfreulich, denn warum sollen wir nun nicht endlich die lautere Wahrheit erfahren, um daraus zu profitieren, warum sollen alle die wertvollen Rosinen in Privatbriefen und Tagebüchern verschimmeln?" Dieser Ansicht wird man beipflichten. Jetzt hat's wenig Zweck, weiter Geheimniskrämerei zu üben. Aus den Fehlern, die während des Krieges begangen wurden, gilt's zu lernen. Deshalb müssen sie bloßgelegt werden. Und Fehler sind zahllos begangen worden! Das gesteht Admiral Brownrigg ein. Es ist ergötzlich, festzustellen, daß die britische Zensur sich ähnlicher Unbeliebtheit erfreut hat, wie die unsrige, daß überhaupt die Verhältnisse dort jenseits der Nordsee sich den unsrigen zuweilen stark geähnelt haben. Hören wir, was Brownrigg ausplaudert. Im Kapitel „Briefzensur" schildert er die Mißstimmung, die allerorten wegen der scharfen Prüfung der Privatbriefe, die von Offizieren und Mannschaften an ihre Angehörigen gerichtet waren, hervorgerufen wurde. Namentlich auf kleinen Schiffen empfand man es als unbillig, daß die Zensur, meist ausgeübt von den Personen, die wenig an Bord zu tun hatten, wie Aerzte und Zahlmeister, in die intimsten Familienverhältnisse der verschiedenen Messemitglieder eingeweiht wurde. Die Beschwerden hoher Seeoffiziere erzielten eine Milderung: es wurden sogenannte „privilege" Kuverts eingeführt. Diese Kuverts wurden in erster Linie an vertrauenswürdige Familienväter ausgehändigt, die sich außerdem verpflichten mußten, durch Unterzeichnung eines Protokolls, nichts Bedrohtes nach Hause zu schreiben, also zum Beispiel nichts über Schiffsbewegungen. Diese „privilege" Kuverts, so wurde verheißen, würden nicht vom Zensor geöffnet werden. Natürlich wurden trotz der Zusage Stichproben gemacht, um festzustellen, wie ernst es die Briefschreiber mit ihrem Wort genommen hatten. Das Resultat war, so schreibt Brownrigg, das folgende: „Wenigstens die Hälfte der Briefschreiber frohlockten: „Gott sei gedankt, die Zensur wird nicht mehr ausgeübt, nun kann ich alles schreiben," und dann berichteten sie über die geheimsten Dinge, die Zeiten der Ankunft und Abfahrt der Kriegsschiffe, die Verluste von Schiffen usw. Ferner wurde angeboten, Serge, Flanell und andere Stoffe an die Angehörigen aus den Marinebeständen zu senden, was natürlich strengstens untersagt war; es wurde über schlechte Behandlung geklagt, und gezetert über die chronische Betrunkenheit jedermanns in höherer Stellung (chronic drunkenness of everybody in authority.)

Im Abschnitt „Erfindungsreiche Briefschreiber" erzählt Brownrigg von zwei Offizieren, deren Briefe dem gleichen Zweck dienten, nämlich ihre Bräute über langes Stillschweigen zu beruhigen, und die doch sehr verschiedene Wirkung — nicht auf die Bräute, aber auf den Zensor ausübten. Beide Briefschreiber beteuerten ihren Geliebten, wie gern sie ihnen geschrieben haben würden, wie sehr sie sich sehnten, sie wiederzusehen. Der eine berichtete eingehend über einen — von ihm erfundenen — Zeppelin-Angriff, der ihn mit seinen Folgen zu stark in Anspruch genommen hätte, um einen Brief starten zu können. Mit allen Einzelheiten gab er die verschiedenen Phasen des gar nicht stattgefundenen Angriffs wieder, erwähnte hierbei die genaue Position der Abwehrgeschütze, der Signalmittel usw. Dieser von der Zensur abgefangene Brief führte dazu, gegen den Schreiber kriegsgerichtlich vorzugehen, denn der Feind hätte so sagt Brownrigg, falls der Brief in seine Hände gefallen wäre, wertvolle Informationen erhalten. Der andere Briefschreiber hingegen ging ohne Strafe aus. Der Zensor schüttelte sich vor Lachen über das Machwerk, das in berückender Sprache die überstandenen Gefahren während eines Angriffs auf — Helgoland malte. In einem kleinen Dingy war der tapfere Schreiber angeblich mit zwei Kameraden und vielen Handgranaten über die Nordsee gefahren, hatte in Nacht und Nebel die Gestade der Insel erklommen, die Schildwachen erschossen, die großen und kleinen Geschütze sämtlich demoliert und war dennoch dank seines übernatürlichen Schneids den dummen Deutschen entwischt. „All das und noch viel mehr wurde erzählt, um den langen Zwischenraum zu erklären, der zwischen dem letzten Brief und diesem an die „lady love" lag." Brownrigg fügt launisch hinzu „Laßt uns hoffen, die Geliebte hat es alles geglaubt. Es war wirklich wundervoll überzeugend geschrieben, und wird jedenfalls im Kreise der ganzen Familie mit höchstem Stolz gelesen worden sein."

Dem Zensor lag die Pflicht ob, die Besuche von Gästen aus befreundeten und neutralen Ländern, sei es auf der Flotte, sei es in Werften u. a. m., zu arrangieren. Eisenbahnplätze, Autos mußten bereitgehalten. Boote zum Abholen auf die Schiffe bestellt werden. Vorsorge mußte getroffen werden für den Empfang dort. Es war anzugeben, was den einzelnen Personen gezeigt werden sollte, über was sie informiert werden dürften, wie sie zu behandeln wären. Einen hohen Staatsmann einer befreundeten Macht nimmt man anders auf als einen Zeitungsmann aus neutralem Lande. Da die Schar der Gäste groß war, konnte der Oberzensor zuweilen nicht allen Wünschen gerecht werden. Brownrigg schildert drastisch die Beschwerden einiger amerikanischen weiblichen Korrespondenten, die in einem Hotel in den für sie vorgesehenen Zimmern nicht die Bequemlichkeiten vorgefunden hatten, die in „any self respecting hotel" in den Vereinigten Staaten selbst-

Vor der Wahl Clemenceaus zum Präsidenten der Republik.

Ein „nichtparlamentarisches" Staatsoberhaupt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

VA **Genf,** 15. Januar.

Die bevorstehende Wahl des Präsidenten der Republik wird sich unter ganz ungewöhnlichen Verhältnissen vollziehen und Zustände schaffen, wie sie in der Geschichte der Republik noch nicht da waren; der vermutliche nächste Präsident gehört weder der Kammer noch dem Senat an, wird also am Sonnabend in dem Kongreß nicht teilnehmen, und wenn er gewählt wird, in nicht parlamentarisches Staatsoberhaupt sein. Das ist nach der Verfassung gestattet, und es liegt in der Präsidentschaft Mac Mahons ein Präzedenzfall vor. Aber das ganze seit vierzig Jahren gebräuchliche Zeremoniell der Wahl wird gestört, wenn der neugewählte Präsident nicht selbst in Versailles ist. Es fällt die Gratulation in den Sälen des Palastes fort, namentlich aber der berühmte Einzug in Paris, der so oft schon zu lärmender Begeisterung, einmal aber, in dem Falle Loubet, zu feindseligen Demonstrationen Anlaß bot. Ganz abnorm ist die Lage Poincarés. Er ist durch Wahl Senator geworden, bleibt aber gleichzeitig Präsident der Republik, und zwar nicht nur bis zum 17. Januar, bis zur Wahl des Nachfolgers, sondern bis zum 18. Februar. Dieser Zustand ist offenbar verfassungswidrig, und man sucht nach Auswegen. Vermutlich wird der Senat, der sofort die Wahlverfügungen vornehmen muß, die Prüfung dieser Wahl bis zum 18. Februar aufschieben. Aber auch das ist eigentlich unzulässig.

Die Pariser Zeitungen versichern täglich, daß am Sonnabend Clemenceau gewählt wird, und es ist kaum ein Zweifel möglich, daß sie recht behalten werden. Aber ganz so einstimmig, wie man noch vor einigen Wochen erwartete, dürfte diese Wahl doch nicht erfolgen. Wie die Lyoner Presse mitteilt, sind in den Kreisen der Wähler, die durch Clemenceaus Zaudern verbittert wurden, Intrigen im Gange und es liegt die Möglichkeit vor, daß die gesamte Linke die Person Deschanels dem Diktator als Konkurrenten entgegensetzt. Sehr bezeichnend war in dieser Beziehung ein Vorfall in der gestrigen Sitzung, in der Deschanels Wahl als Kammerpräsident bestätigt wurde. Die Sozialisten und Radikalen brachten ihm eine stürmische Ovation dar. Als er von der Tribüne herabstieg rief ihm Briand zu: „Haben Sie verstanden, was wir meinen? Nach Versailles!" Worauf Deschanel erwiderte: „Ich sage nicht nein!" Die Kandidatur Deschanels wäre aber gegen die Uebermacht der Clemencisten vollständig aussichtslos, und es ist unwahrscheinlich, daß der kluge Mann sich zu einem solchen Manöver hergibt, durch das er seine ganze Popularität einbüßen würde.

Die Wahl Léon Bourgeois' zum Präsidenten des Senates an Stelle des radikalsozialistischen Dubost braucht nicht, wie einige Zeitungen bereits tun, als weitere Betonung der reaktionären Rechtsbewegung aufgefaßt werden. Dieser Personenwechsel ist vielmehr einfach so zu erklären, daß die Senatoren des alten geistig sehr unbedeutenden Dubost, der seit 14 Jahren Präsident ist, allmählich überdrüssig geworden und auf die zweithöchste Stelle des Staates eine etwas markantere Persönlichkeit setzen wollten. Diese Stelle ist jetzt besonders wichtig weil der neue Präsident nicht nur den Senat, sondern auch die Nationalversammlung in Versailles und dann die Sitzungen des Caillaux-Prozesses zu leiten haben wird. In gewissem Sinne bedeutet der Personenwechsel sogar eine Milderung der Stimmung. Dubost gehörte zwar zur radikalsozialistischen Partei, war ein fanatischer Kirchenfeind aus der Gefolgschaft Combes'. Aber während des Krieges hat der alte, stets griesgrämige Herr sich immer mehr in nationalistischen Posen gefallen und gern den starken Mann gegen den äußeren und inneren Feind gespielt. Seine Reden glühten von Haß gegen Deutschland, und den Prozeß Malvy hat er mit sichtbarer Parteilichkeit gegen den Angeklagten geleitet. Bourgeois ist eine mehr menschliche Erscheinung und wird in dem gewaltigen bevorstehenden Prozeß ein zuverlässiger Richter sein. Unmittelbar nach der Wahl des Präsidenten hat sich, wie gemeldet, der Senat als Gerichtshof konstituiert und Bourgeois vernahm Caillaux, der aus dem Sanatorium Neuilly vorgeführt wurde. Es wurde bemerkt, daß nach der kurzen, rein formalen Sitzung einige Senatoren den Angeklagten herzlich begrüßten. Die Verhandlung gegen Caillaux soll nun, falls nichts Neues dazwischentritt, am 17. Februar beginnen, einen Tag, bevor Poincaré sein Amt niederlegt und der neue Präsident in das Elysée einzieht. Poincaré, der in den Senat gewählt ist und die Wahl annahm, wird also einer der Richter Caillaux' sein.

Die Entente verlangt Auslieferung des Kaisers.

Note an Holland.

Paris, 15. Januar.

Die Regierungschefs genehmigten am Donnerstag den Wortlaut der Note, die im Namen des Obersten Rates an die holländische Regierung gerichtet wird, und die das Begehren auf Auslieferung des Kaisers Wilhelm II. enthält. Die Note, die wahrscheinlich am Sonntag übermittelt wird, bezieht sich auf Artikel 227 des Versailler Vertrages, der die Versetzung des früheren Kaisers von Deutschland in den Anklagezustand vorsieht. Die Alliierten laden Holland ein, sich an der Erfüllung dieses Werkes der Gerechtigkeit zu beteiligen. Die Note ist in freundschaftlichem Tone gehalten.

Die Auslieferungsliste.

Hindenburg und Ludendorff nicht auf der Liste.

Carnarvon, 15. Januar. (Funkspruch.)

Der Pariser Berichterstatter der „Times" meldet, die Frage der deutschen Kriegsverbrecher sei jetzt endgültig geregelt. Man sei darauf bedacht gewesen, nur die Namen derjenigen Personen auf die Liste zu setzen, die so furchtbarer Verbrechen schuldig seien, daß es jeder zivilisierten Nation unmöglich sei, ihnen Unterschlupf zu gewähren. Es wurden Schritte unternommen, um dem Verzeichnis der auszuliefernden Personen sowie den ihnen zur Last gelegten Verbrechen in Deutschland weiteste Verbreitung zu sichern. Die Alliierten hätten in den Listen peinlich nachgewiesen, daß sie nicht Rache am Feinde suchten, sondern Gerechtigkeit gegenüber Verbrechern. Daher bestehe nicht die geringste Absicht, die Auslieferung von Männern, wie Hindenburg, Ludendorff oder anderen Generalen zu fordern, die den Krieg führten und sogar rücksichtslos führten, sondern nur derjenigen, die die erlaubten Grenzen überschritten hätten. Die britische Liste enthalte natürlich eine Anzahl Personen die zum Unterseebootkriege in Beziehung ständen. Desgleichen werde die Auslieferung derjenigen gefordert, die ihren Mannschaften befohlen hätten, auf britische Matrosen zu feuern, die nach Torpedierung ihrer Schiffe im Wasser um ihr Leben kämpften. Auch der Fall des Kapitäns Fryatt werde eine Auslieferung zur Folge haben, und es sei wahrscheinlich, daß auch Tirpitz, dem aus schriftlichen Befehlen persönliche Verantwortung für die barbarische Führung des U-Boot-Krieges nachgewiesen sei, auf der Liste stehe. Der Fall des Kaisers werde mit äußerster Strenge durchgeführt werden.

Todesstrafe gegen Graf Arco-Valley beantragt

München, 16. Januar. (W. T. B.)

Im Prozeß gegen den Grafen Arco-Valley beantragte heute vormittag der Staatsanwalt wegen Ermordung des Ministerpräsidenten Eisner die Todesstrafe.

Lord Kilmarnock in Berlin.

Der neu ernannte großbritannische Geschäftsträger Lord Kilmarnock hat heute dem Reichsminister des Auswärtigen sein Beglaubigungsschreiben übergeben.